

Er geht nicht zulasten künftiger Generationen, indem wir heute mehr ausgeben, als uns an Einnahmen zur Verfügung steht.

Wir haben uns darüber hinaus auch die Aufgabenbereiche des Freistaates und der Kommunen angesehen, die bisher besonders von den hohen Bauinvestitionen profitiert haben. Das waren vor allem die Schulen, der Bereich Hochschulen und Forschung sowie das Verkehrswesen. Ein deutlicher Schwerpunkt bei den Investitionen war somit der Bildungsbereich, eine Investition also in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Profitiert davon haben allein im Jahr 2010 zahlreiche sanierte Schulen im ganzen Land, über 475 Baumaßnahmen und fast 5 300 neu geschaffene Plätze im Bereich der Kindertageseinrichtungen, die gesamten Hochschuleinrichtungen. Ich nenne als Beispiel den Neubau des Medien- und Sozialzentrums der Fachhochschule Mittweida oder den Weinholdbau an der TU Chemnitz.

Sehr geehrte Damen und Herren! Dass der Solidarpakt am Ende des Jahres 2019 ausläuft, ist Ihnen ebenso bekannt wie die Tatsache, dass die Summe der SoBEZs für den Freistaat Sachsen bis dahin jedes Jahr um circa 200 Millionen Euro geringer sein wird, das heißt, dass sich die Investitionsausgaben des Staatshaushaltes diesen absehbaren rückläufigen Einnahmen anpassen müssen. Unser Ziel bleibt dennoch, weiterhin eine hohe Investitionsquote zu erreichen und dabei konsequent auf eine Neuverschuldung zu verzichten. Um dabei die Ausgabenkürzungen in aufbauwirksamen Bereichen begrenzen zu

können, sind weitere – ich sage das hier ganz deutlich – Konsolidierungsanstrengungen nötig.

Der Rückblick auf die Geschichte des Solidarpaktes in Sachsen zeigt aber auch eines sehr deutlich: Der Vorwurf, die Staatsregierung würde das Land kaputtsparen, entbehrt jeder Grundlage.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Wir sparen, damit wir weniger Schulden haben und mehr Geld in den Aufbau des Landes investieren können. Wir sparen, damit wir weniger Zinsen zahlen müssen und mehr in die Zukunft investieren können. Wir sparen, damit mehr Geld bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt und nicht bei den Banken. Die Zahlen beweisen es: In keinem anderen Land wurde so viel in den Aufbau und die Zukunftssicherung investiert wie in Sachsen. In vielen anderen Ländern jedoch fressen die Schulden die Investitionen auf.

Wir wissen heute, auch mit Blick auf Europa, dass unsere Finanzpolitik hilfreich gewesen wäre. Europa kann aus diesen Erfahrungen lernen, denn eine Solidargemeinschaft kann nur funktionieren, wenn sich alle an die Regeln halten.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Für die Staatsregierung sprach Herr Staatsminister Unland. Ich sehe jetzt in der 1. Aktuellen Debatte keinen Redebedarf mehr. Wir kommen nun zu

2. Aktuelle Debatte

„Geisterfahrt“ des Kultusministers beim Einsatz von Lehrkräften zum Schuljahresbeginn beenden!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Als Antragstellerin hat zunächst die Fraktion DIE LINKE mit Frau Kollegin Falken das Wort, danach CDU, SPD, FDP, GRÜNE und NPD. Bitte, Frau Falken.

Cornelia Falken, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Personalsituation oder, sagen wir besser, das Personalchaos im Freistaat Sachsen an den sächsischen Schulen ist nicht mehr hinzunehmen. Herr Wöller spricht innerhalb von Sätzen außerhalb von Sachsen und auch in diesem Hohen Hause immer wieder von der optimalen Entwicklung der Schülerinnen und Schüler, von der Situation, dass es besonders auf den Anfang ankommt, also die frühkindliche Bildung und die Grundschulbildung. Er hat in seiner Presseerklärung zu Beginn des Schuljahres signalisiert, dass das Schuljahr gut vorbereitet ist.

Wir wollen heute die Aktuelle Debatte dazu nutzen, einmal zu erläutern und zu erklären, wo und wie das

Schuljahr gut vorbereitet ist und was wir an den einzelnen Schulen gehört haben. Bevor ich aber zu diesen einzelnen Punkten komme, möchte ich noch einmal ganz klar mein Unverständnis zum Ausdruck bringen, dass es hier eine Pressekonferenz vom Innenminister gibt und damit sowohl die Presse – –

Präsident Dr. Matthias Röbler: Darf ich Sie darauf hinweisen, Frau Kollegin, dass Sie hier zum Thema der Aktuellen Debatte – –

Cornelia Falken, DIE LINKE: – Mache ich doch!

Präsident Dr. Matthias Röbler: – Nachhaltigkeit sprechen. Ich kann Sie nur darum bitten, ansonsten wissen Sie, was die Geschäftsordnung sonst vorsieht.

Cornelia Falken, DIE LINKE: Ich spreche zum Thema. Ich wollte mein Unverständnis zum Ausdruck bringen,

weil auch einige Abgeordnete nicht die Chance haben, jetzt hier zuzuhören.

Wir kommen jetzt zur aktuellen Situation an den sächsischen Schulen. Ich möchte einige Fakten aufzählen und diese mit Beispielen untersetzen.

Wir haben zu Beginn des Schuljahres an zahlreichen Schulen für die ersten Klassen keine Lehrer gehabt, zum Teil bis heute nicht. Sie haben das der „Sächsischen Zeitung“ hier in Dresden entnommen. Auch in anderen Grundschulen gibt es diese Situation. Einen Gymnasiallehrer in die 1. Klasse zu stecken und Beschäftigungen durchzuführen ist kein Unterricht.

(Beifall bei den LINKEN,
der SPD und den GRÜNEN)

Wir sprechen immer wieder von hohen Motivationen, für Schülerinnen und Schüler und für Lehrerinnen und Lehrer. Stellen Sie sich vor – ich hoffe, Sie können das alle noch oder manche vielleicht –, Sie haben ein Schulkind in der 1. Klasse ganz frisch, Sie bereiten das zu Hause ganz toll vor mit Zuckertüte und allem Drum und Dran, das Kind kommt am ersten Schultag in die Schule, und es hat gar keine Lehrerin. Es hat eine Stundentafel bekommen, darauf steht Musik, Deutsch und Mathe, und das findet alles gar nicht statt. Diese Situation haben wir zurzeit an sächsischen Schulen.

Es geht aber weiter, denn auch die Stundentafel in anderen Klassen wird nicht eingehalten. An mehreren Grundschulen findet ganz normaler Klassenleiterunterricht statt und nicht Unterricht nach der Stundentafel. Bei meiner eigenen Schule in Wiederitzsch ist es genau so. Unterricht zu Beginn des Schuljahres wird gestrichen; planmäßiger Unterrichtsausfall heißt das in der Fachsprache. Das bedeutet an Grundschulen, dass Sport gestrichen wird. Es gibt wochenlang keinen Sportunterricht bei den Grundschulklassen. Es gibt keinen Schulgartenunterricht in den Grundschulklassen, und auch weitere Fächer werden zum Teil mit einer oder zwei Stunden gestrichen, weil die Lehrer nicht zur Verfügung stehen.

(Zuruf von der CDU: Konkret!)

– Konkret: Ich mache Ihnen eine Liste. Wollen Sie eine haben? – Sie bekommen von mir eine Liste.

Wir haben im Freistaat Sachsen die Situation, dass das Kultusministerium zum Ende des Schuljahres eine sogenannte Klassenverdichtung an die Schulen herausgegeben hat. Was heißt Klassenverdichtung? Klassenverdichtung bedeutet, dass an jeder Schule geschaut wird, wenn es Parallelklassen gibt, ob Klassen aufgeteilt werden können, bis 28 hochgezogen. Das ist nach Schulgesetz keine Verletzung des Schulgesetzes, Herr Wöller. Ganz klar, keine Frage. Aber eine Aufteilung einer Klasse hat schwerwiegende Konsequenzen für die optimale Entwicklung von Schülerinnen und Schülern.

(Beifall bei den LINKEN)

Nehmen wir das Beispiel Kamenz Mittelschule. Wir haben uns vehement bemüht, dass das Problem dort nicht so auftritt, aber es ist so. Fünfte Klassen an der Mittelschule, 28 Schüler pro Klasse. Jedes Kind, das zusätzlich nach Kamenz kommen wird, wird nicht mehr an der Kamener Mittelschule beschult werden können, sondern muss woandershin mit dem Hintergrund, dass alle Mittelschulklassen in der 5. Klasse Integrationskinder in den Klassen haben, nach Integrationsverordnung höchstens 25 pro Klasse, wenn die Finanzen zur Verfügung stehen.

Herr Unland, Sie sind heute noch mehrmals dran in meinem Redebeitrag.

(Beifall bei den LINKEN,
der SPD und den GRÜNEN)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Für die einbringende Fraktion sprach Frau Kollegin Falken. – Jetzt spricht in der Rednerreihenfolge als Nächstes die CDU-Fraktion, und ich bitte Herrn Kollegen Colditz ans Mikrofon.

Thomas Colditz, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Geisterfahrer gefährdet die öffentliche Ordnung und Sicherheit, und das kann man auf den Kultusminister so nicht ummünzen – am wenigsten, wenn es darum geht, den Schuljahresbeginn zu diskutieren.

Man muss zunächst ganz nüchtern feststellen: Das Kultusministerium und die Schulverwaltung haben im Rahmen des geltenden Haushaltes und der dort verfügbaren Stellen das Schuljahr organisiert, vorgeplant und letztlich auch den Lehrereinsatz darauf abgestimmt.

Als zweiten Punkt will ich sagen: Es ist sicherlich keine Selbstverständlichkeit, ein Unternehmen mit 32 000 Beschäftigten, das sich dazu noch an 1 400 Standorten befindet, problemlos zu planen. Man kann nicht alle Eventualitäten, die eintreten können, voraussehen und vorausplanen. Es gibt oft individuelle Entscheidungen auch von Arbeitnehmern, die so nicht steuerbar sind und die man mit bedenken muss, wenn man über die Planungen spricht. Das erst einmal vorab.

Aber, meine Damen und Herren, an dieser Stelle auch von meiner Seite ein ganz deutliches Aber: Ich denke, wir haben im Gesamthaushalt grundsätzlich für das aktuelle Schuljahr den Bedarf so geplant, dass wir für so und so viele Schüler die entsprechende Anzahl Lehrer brauchen. Was in der Haushaltsplanung keine Rolle gespielt hat – vielleicht auch nicht spielen konnte –, war die Frage der Fächerspezifika, die Frage der regionalen Spezifika – wenn ich mir allein die Situation in Dresden zum Schuljahresbeginn vergegenwärtige – und war auch die Frage der Schulartspezifika.

Meine Damen und Herren, ich sage es ganz ehrlich und ganz selbstkritisch: 15 000 Personalmaßnahmen bei insgesamt 32 000 Beschäftigten sind einfach zu viel, das ist richtig;

(Vereinzelt Beifall bei den LINKEN)

denn das können wir so nicht problemlos hinnehmen.

Ich sage es noch ein Stück weitreichender und in aller Deutlichkeit: Ich halte die jetzt eingetretene Situation – um mit einer Metapher zu sprechen – für ein Wetterleuchten am Himmel, das uns auf ein Unwetter vorbereitet, auf das wir in den nächsten Jahren zusteuern, wenn wir nicht handeln.

(Beifall bei der CDU, den LINKEN,
den GRÜNEN und vereinzelt
bei der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, es besteht Handlungsbedarf. Dass die Situation jetzt so eingetreten ist, ist bei Weitem nicht zufriedenstellend; aber es ist auch ein Signal an beide Häuser – an das Kultus- und an das Finanzministerium –, nun endlich eine Verständigung herbeizuführen, wie die Zukunft, insbesondere die personelle Zukunft, im Schulsystem aussehen soll. Dem müssen wir auch im nächsten Haushalt mit entsprechenden Maßnahmen deutlich Rechnung tragen.

Die Signale, die zu diesem Schuljahresbeginn gesetzt sind, sind die richtigen; es sind wichtige und richtige Weichenstellungen. Die Ansätze stimmen, aber es sind bei Weitem noch nicht die Lösungen, die wir brauchen. Wir haben zu Schuljahresbeginn 632 Neueinstellungen vorgenommen. Die Koalition hat dafür Sorge getragen, dass wir die Referendarstellen deutlich erhöhen konnten – auch im Zusammenhang mit den Steuermehreinnahmen. Wir haben mittlerweile an den Schulen einen Stellenpool geschaffen, der den Schulleitern ermöglicht, über 567 Stellen landesweit flexibel zu verfügen und bedarfsgerecht den Unterricht vor Ort abzusichern. Das alles sind richtige und wichtige Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns aber auch vergegenwärtigen, dass sich gute Schule letztlich an gut ausgebildeten, fachlich kompetenten und – jetzt kommt das dicke Ausrufezeichen – auch an hoch motivierten Lehrern festmacht. Motivation hat etwas mit Rahmenbedingungen zu tun, und wir sind gut beraten, dies besonders im Blick zu behalten. Das sage ich auch in Richtung unserer eigenen Koalition.

Das müssen wir besonders mit Blick auf die Situation tun, was die Überalterung der Lehrer in nächster Zeit angeht. Wie gesagt, es ist bislang nur ein Wetterleuchten; wenn wir hier nicht reagieren, wird es im nächsten Jahr und in den kommenden Jahren noch viel dramatischer.

Meine Damen und Herren, es ist von daher belanglos, darüber zu diskutieren, ob wir in Deutschland Haupt- oder Gemeinschaftsschulen brauchen; das ist nicht das Thema. Gute Schule macht sich an gut ausgebildeten, hoch motivierten Lehrern fest, die dafür sorgen, dass Schule funktioniert, und wir können uns dann in politischen Debatten damit brüsten, wie toll wir sind. Aber die Arbeit wird vor Ort geleistet und wir haben die Pflicht und Schuldigkeit, dafür Sorge zu tragen, dass dafür auch das ausreichende Personal vorhanden ist.

(Beifall des Abg. Horst Wehner, DIE LINKE)

Ich bin dem Finanzminister sehr dankbar für seine Feststellung, dass auch Investitionen in die Bildung Investitionen in die Zukunft sind. Ich bin auch Antje Hermenau sehr dankbar, dass sie das Schulhausbauprogramm aufgeworfen hat. Aber wir müssen auch gemeinsam über die Fraktionsgrenzen hinweg –

(Vereinzelt Beifall bei den LINKEN)

das sage ich in Richtung aller Finanzpolitiker und aller Fraktionen – davon wegkommen, dass wir den vorhandenen Personalbedarf nur als konsumtive Maßnahme betrachten; –

Präsident Dr. Matthias Röbner: Die Redezeit ist vorbei, Herr Kollege Colditz.

Thomas Colditz, CDU: – und zwar davon ausgehend, dass die Personalsituation uns wie ein Klotz am Bein hängt. Gute Schule ist ohne Lehrer nicht machbar. Insofern sind Investitionen in den Schulbereich, insbesondere in den Personalbereich, auch Investitionen in die Zukunft.

(Beifall bei den LINKEN)

Meine Damen und Herren, der Schlusssatz. Ich habe diesen Problemaufriss jetzt bewusst so gebracht, weil wir uns der Problemlage bewusst sind und weil wir dies auch als Koalition als ein Schwerpunktthema in dieser Legislatur angehen und auch lösen wollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und den LINKEN)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Für die CDU-Fraktion sprach Herr Kollege Colditz. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Stange.

Dr. Eva-Maria Stange, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin Herrn Colditz sehr dankbar für die klaren Worte. Ich will vielleicht bei dem Begriff Geisterfahrer noch etwas ergänzen, Herr Colditz: Ein Geisterfahrer verschwindet in der Regel relativ kurzfristig wieder von der Autobahn.

(Heiterkeit bei den LINKEN und der SPD)

Ich weiß nicht, ob deshalb dieser Begriff hier zutreffend ist, weil es eben keine kurzfristige Angelegenheit ist, über die wir hier sprechen.

Vor vielen Jahren, Anfang der Neunzigerjahre, hat ein Regionalschulamtsdirektor, als ich ihn wieder einmal darauf hingewiesen habe, dass das Schuljahr chaotisch losgeht – die Lehrer wussten nicht, an welcher Schule sie sind; die Schüler hatten keine Schulbücher in der Tasche; es gab keine vernünftigen Lehrpläne, weil alles noch im Aufbau begriffen war –, ganz lakonisch zu mir gesagt: „Schule ist nicht totzukriegen.“ Recht hatte er – das haben wir jetzt mehr als 20 Jahre gespürt.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausnahmsweise – das tue ich normalerweise nicht so, weil es immer etwas polemisch daherkommt – bei den Lehrkräften und bei den

Schulleitungen vor allen Dingen bedanken, die es geschafft haben – trotz der fehlenden langfristigen Personalentwicklungsplanung und trotz am Anfang des Jahres teilweise fehlender Lehrkräfte –, den Schulstart für alle Schüler zu gewährleisten.

(Beifall bei den LINKEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Colditz hat recht: Schule ist nicht ohne Lehrkräfte zu machen. Die Investitionen in den Schulhausbau – das kann ich nur unterstreichen – sind in den nächsten Jahren dringend notwendig. Wir haben einen Rückstau von über 1,5 Milliarden Euro allein im Schulhausbau. Aber gute Schulen – und sehen sie noch so gut aus – ohne gute und ausreichende Lehrkräfte nützen uns nur wenig; das ist die äußere Hülle, das ist aber nicht das, was letztlich in einer Schule vermittelt werden kann.

Deswegen will ich Ihnen einmal ausnahmsweise – wenn es der Präsident gestattet, in der Aktuelle Debatte ein Zitat zu verwenden –

Präsident Dr. Matthias Rößler: Sie können zitieren.

Dr. Eva-Maria Stange, SPD: – ein Zitat aus der Antwort der Staatsregierung auf eine Kleine Anfrage der LINKEN wiedergeben, in der es um die Situation am Gymnasium Olbernhau ging. Auf die angesprochene Situation hin, welche Maßnahmen eingeleitet werden, um im Schuljahr 2011/2012 den Unterricht abzusichern, da in dem Gymnasium – wir reden nicht über die Mittelschule und nicht über die Grundschule – ein Unterrichtsausfall von knapp 4 % zu verzeichnen war, antwortete das Kultusministerium, dass einerseits eine neu eingestellte Lehrkraft kommt, ein zweiter Fachlehrer für Deutsch und Russisch eingestellt wird und – ich zitiere –: „Des Weiteren erfolgen für acht Fachlehrer Teilabordnungen im Gesamtumfang von 84 Stunden in den Fächern Deutsch, Biologie, Geografie, Gemeinschaftskunde, Geschichte, Informatik, Kunstziehung, Latein, Musik, Sport und Physik.“

Wer sich einmal in die Situation nicht nur der abgeordneten Lehrkräfte und des Kollegiums insgesamt hineinversetzt, die mit einer solch hohen Anzahl von Stunden-Lehrkräften zu arbeiten haben, sondern auch in die Schulleitung, die den Unterricht zu planen hat in Abstimmung mit den Schulen, aus denen die Lehrkräfte kommen – sie kommen in der Regel von acht verschiedenen anderen Schulen –, der kann ungefähr ermessen, was Lehrkräfte und Schulleitungen zu Beginn des Jahres zu leisten hatten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ein Vorgeschmack auf die Situation in den kommenden Jahren. Darüber haben wir hier in den letzten Monaten mehrfach gesprochen. Wir werden bis zum Jahre 2020 allein in den Grundschulen 20 % der Lehrkräfte ersetzen müssen.

Die Statistik zeigt uns, dass wir die Lehrer ersetzen müssen, weil die Schülerzahlen steigen. Wir finden jetzt schon nicht – das hat heute der Bericht in der „Freien

Presse“ in Chemnitz deutlich gemacht, aber auch in Dresden, und das sind zwei Großstädte und nicht der ländliche Raum – genügend Lehrkräfte, um die zur Verfügung gestellten freien Stellen zu besetzen. Wir haben nicht genügend freie Stellen, aber finden auch die Kollegen nicht, die sie besetzen. Das ist der Beginn eines dramatischen Lehrkräftemangels in den nächsten Jahren und wir haben bis heute kein Personalentwicklungskonzept!

Die interministerielle Arbeitsgruppe – vielleicht wird der Kultusminister irgendetwas dazu sagen – aus dem Kultusministerium, dem Finanzministerium und der Staatskanzlei hat bis heute kein Ergebnis gezeigt. Wir wissen nicht, was mit den 7 000 Stellen in den nächsten Jahren werden soll, die der Finanzminister zur Streichung vorgeesehen hat. Wer gibt eigentlich in diesem Land den schulpolitischen Ton an? Diese Frage hoffe ich vom Kultusminister beantwortet zu bekommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Für die SPD-Fraktion sprach Frau Kollegin Stange. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Bläsner.

Norbert Bläsner, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vorbereitung des Schuljahres und auch die Zahlen haben gezeigt, dass die Lage bei der Absicherung des Lehrbedarfs zunehmend ernst wird. Niemand wird bestreiten, dass das, was in diesem Schuljahr schon zu sehen ist, zum Beispiel bei Abordnungen von Gymnasiallehrern an Grundschulen, aber auch bei der nicht besonders üppigen Personaldecke im Grundschulbereich, eine Art Wetterleuchten am Horizont ist.

Trotz der umstrittenen Maßnahmen ist es nicht gelungen, beispielsweise im Ergänzungsbereich alles abzudecken. Ich möchte an dieser Stelle aber die Bildungsagenturen ausdrücklich in Schutz nehmen. Sie haben gemacht, was ihre Pflicht ist, nämlich dafür zu sorgen, dass ein Lehrer vor der Klasse steht. Deshalb mussten Gymnasiallehrer an Grundschulen abgeordnet werden. Das ist nicht die beste Lösung, aber besser als Unterrichtsausfall.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alles, was kurzfristig möglich war, wurde gemacht. CDU und FDP haben dafür auch die finanziellen Mittel bereitgestellt. Wir stellen so viel Lehrer und auch Referendare ein, wie seit Langem nicht mehr. Mein Kollege Thomas Colditz hat es genannt: 632 neue Lehrer fangen dieses Schuljahr an. Bedenklich daran ist allerdings, dass der Arbeitsmarkt im Bereich Grundschulen gar nicht mehr hergegeben hat. Es zeigt auch die Versäumnisse der Lehrerausbildung in den vergangenen Jahren. Das macht mir Sorgen für die Zukunft. Wir bilden teilweise völlig am Bedarf vorbei aus. Wenn ich das Bild der Geisterfahrer aufgreifen darf, dann sind es doch eher die ehemaligen SPD-Ministerinnen Ludwig und Stange gewesen, die mit ihrer

Geisterfahrt, also mit der damaligen Reform der Lehrerausbildung, eine ganz Menge Schaden verursacht haben und leider weiter verursachen.

(Dr. Eva-Maria Stange, SPD: Im Rahmen des Kabinetts! Da waren die Koalitionspartner dabei!)

Besonders ärgert mich, dass Sie sich jetzt darüber beschweren, dass das, was aufgetischt wurde, nicht schmeckt, obwohl Sie früher selber Koch waren.

Sehr geehrte Frau Dr. Stange, Sie beklagen jetzt, dass die Ausbildungskapazitäten falsch sind. Sie beklagen beispielsweise in einer Pressemitteilung, dass die Staatsregierung auf eine Studie des Jahres 2003 nicht reagiert hat. Ich frage Sie: Wie haben Sie auf diese Studie in den Jahren 2004 aufwärts reagiert?

(Dr. Eva-Maria Stange, SPD:
Indem Dresden nicht geschlossen wurde!)

– Dass die Zentralisierung rückgängig gemacht wurde, war ein Beschluss der jetzigen Regierung.

(Gelächter bei den LINKEN und der SPD)

– Natürlich, nehmen Sie einfach die Wahrheit zur Kenntnis.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt ist es notwendig, den mittel- und langfristigen Bedarf abzusichern und entsprechende Maßnahmen zu treffen. Die ersten Schritte wurden gemacht. Das ist die Aufstockung der Referendanzahlen und der Schritt zur Dezentralisierung an – ich betone – mindestens zwei Standorten, aber natürlich reichen diese Maßnahmen noch nicht aus. Wir müssen die im vergangenen Jahr vorgestellte Reform der Lehrerausbildung zügig umsetzen. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir beispielsweise ein Seiteneinsteigerprogramm etablieren können. Wir müssen uns auch darüber Gedanken machen, wie wir die neue Lehrergeneration, die Lehrergeneration 60 plus einsatzfähig halten und an den Schulen motivieren können – –

(Uta-Verena Meiwald, DIE LINKE:
Neue Lehrergeneration 60 plus?)

– Ja, es wird die neue Lehrergeneration 60 plus geben. Wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie wir sie einsatzfähig und motiviert an den Schulen halten. Das ist Realität, der wir uns stellen müssen. Das ist notwendig, um den Schulbetrieb aufrechtzuerhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird bei der Lösung dieser Fragen keinen Stein der Weisen geben. Es wird ein Bündel von Maßnahmen sein, die dazu führen, dass wir mittel- und langfristig dafür sorgen, dass genügend Lehrer an den Schulen sind. Das ist Pflichtaufgabe der Bildungspolitik. Dieser Aufgabe werden wir uns als CDU/FDP-Koalition mit aller Kraft stellen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Für die FDP-Fraktion sprach Herr Bläsner. – Für die Fraktion GRÜNE tritt jetzt Frau Kollegin Giegengack ans Mikrofon.

Annekathrin Giegengack, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt immer wieder pffiffige Kerlchen. Ich habe ein bisschen gegoogelt und jemanden aufgetan, der ein sogenanntes Geisterfahrerfangnetz anbietet. Ich dachte, das passt ganz gut zu dieser Debatte. Wenn jemand in die Ausfahrt einer Autobahn einfährt, fällt da ein Netz herunter und er kann nicht weiter.

Übertragen auf die Politik wäre es eine lustige Diskussion bei Bier oder Wein, wer wie oft in der Politik in diesem Netz hängen bliebe. Ich glaube, dass Herr Prof. Wöller und Frau Prof. Schorlemer nicht in diesem Netz hängen bleiben würden, weil wir uns nicht erst seit diesem Schuljahr im Bereich Lehrerplanung in der falschen Spur befinden. Schon vor Jahren wurden Hinweise und Warnschilder in diesem Bereich ignoriert. Die jetzt durch die Opposition mühsam mittels Anfragen herausgekitzelten Statistiken zu den Schülerprognosen, zur Altersstruktur der Lehrer und der Studierendenzahlentwicklung liegen seit Jahren vor. Die haben beide Häuser immer selber erfasst.

Die Wendemöglichkeiten, die sich in den letzten Jahren geboten hatten, wurden ebenfalls nicht genutzt. Man hätte schon längst die Zahl der Referendarstellen erhöhen können. Man hätte die Lehrerausbildungsstätten wieder einrichten können, wie jetzt erst in Chemnitz geschehen. Man hätte das Grundschullehrerstudium in Westsachsen wieder einführen können. Man hätte die Studienplatzkapazitäten über eine Zielvereinbarung mit den Universitäten Leipzig und Dresden erhöhen können. Man hätte auch umfangreiche Altersteilzeitregelungen in Erwägung ziehen können.

Inzwischen ist wie bei Geisterfahrern Hektik ausgebrochen. Für mich ist die Reform der Lehramtsausbildung ein Zeichen von Hektik. Hier wird schnell wieder das Staatsexamen eingeführt. Wenn man sich mit den Fachleuten von der Uni Leipzig unterhält, wird deutlich, dass sie überhaupt nicht wissen, wie sie es bis März schaffen sollen, irgendwelche Prüfungsordnungen hinzubekommen. Wenn ich junge Leute dazu bewegen will, Lehrer zu werden, muss ich ein absehbares Lernziel vor Augen führen und darf nicht alle zwei bis drei Jahre die Lehramtsausbildung reformieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Szenario, das ich in Bezug auf die Geisterfahrt gezeichnet habe, ist so irrational, dass es nicht glaubwürdig ist. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das Ministerium nicht weiß, was es tut. Ich habe Herrn Hüchelheim als einen guten Rechner kennengelernt. Ich kann nicht glauben, dass es fahrlässig ist, was hier passiert. Ich glaube, es ist ganz kühle Berechnung und es wird Haushalts- und Personalpolitik auf dem Rücken der Schüler und Lehrer am Parlament vorbei gemacht. Hier wird durch eine langfristig verzögerte Wiederbesetzungspolitik

freiwerdender Lehrerstellen schleichend der inoffiziell geplante Abbau von 6 000 Lehrerstellen vollzogen. An uns vorbei! Das Parlament hat nie darüber entschieden, ob es wirklich in diesen Größenordnungen Lehrerstellen abbauen und zum Personalabbau in Sachsen in dieser Art und Weise beitragen will.

Für mich ist das ein Ausdruck des immer wieder in der Diskussion stehenden mangelhaften Demokratieverständnisses der Koalition. Ich hoffe, dass die Lehrer, Eltern und Schüler aufgrund der schwierigen Situation in den Schulen massenhaft protestieren. Ich bin persönlich als Mutter betroffen. Meine Tochter geht in Chemnitz in die Grundschule, wo heute wunderbar in der „Freien Presse“ beschrieben worden ist, wie schwierig die Situation ist. Ich hoffe auf den Protest der Eltern, Lehrer und Schüler, damit wir hier eine Bremse reinhauen und wieder ordentliche Lehrbedingungen in Sachsen schaffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und den LINKEN)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Das war für die Fraktion die GRÜNE Frau Kollegin Giegengack. Als Nächster spricht für die NPD-Fraktion der Abg. Gansel.

Jürgen Gansel, NPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bereits der Debattentitel zeigt, dass es den LINKEN nicht um eine sachlich zu nennende schulpolitische Diskussion geht, sondern um Polemik.

Wenn es in dieser Republik eine Geisterfahrt gibt, dann ist es eine finanz- und europapolitische Geisterfahrt, die Deutschland zuerst in die Sackgasse der Europäischen Währungsunion geführt hat und als Transferunion nun zur Ausbeutung des deutschen Steuerzahlers und zur Enteignung der deutschen Sparer führt.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Sprechen Sie bitte zum Thema.

Jürgen Gansel, NPD: Ich komme sofort zum Thema. – Das ist nach unserer Auffassung die wahre Geisterfahrt, die in dieser Republik stattfindet.

Erst vor wenigen Wochen, meine Damen und Herren, hat der Bildungsmonitor 2011 festgestellt, dass Sachsen ein vorbildliches Bildungssystem hat, und dessen Vorbildcharakter für die Bundesrepublik herausgestellt. Es ist ein zweigliedriges, leistungsorientiertes Schulsystem, das auch deswegen im Schulvergleich der Länder relativ gut abschneidet, weil es seit 20 Jahren nicht totreformiert wurde, weil es seit 20 Jahren von Bildungsexperimenten verschont blieb.

Es gibt allerdings Probleme, die die Bildungsqualität in Sachsen nachhaltig gefährden. Aber darauf hat DIE LINKE als Antragstellerin ganz bestimmt kein Erkenntnismonopol. Zu nennen ist hier die Überalterung der Lehrerschaft, die mit steigenden Verrentungen und höherem Krankenstand einhergeht und für einen massiven Lehrermangel sorgen wird. Bis 2030 gehen in Sachsen

von derzeit 32 400 Lehrern 22 000 in den Ruhestand. Das heißt, von den heute tätigen Lehrern werden in 19 Jahren mehr als zwei Drittel verrentet sein. Um das aufzufangen, müssten die sächsischen Universitäten in die Lage versetzt werden, wesentlich mehr Lehrer als bisher auszubilden und diese dann auch im Freistaat zu halten.

Die demografische Katastrophe sorgt aber auch in den Studiengängen für geringere Bewerberzahlen, die zum Lehramt hinführen. Anfang September nannte der Dekan der Erziehungswissenschaften der Universität Leipzig, Prof. Thomas Hofsäss, die aktuellen Zahlen. Um die entstehende Lehrerrücke zu schließen, bräuchte Sachsen 1 600 neue Lehrer. An den Universitäten Leipzig und Dresden gibt es momentan allerdings nur 550 Lehramtsstudienplätze. Zur Abwendung des Lehrernotstandes müsste also die Zahl der Lehramtsstudienplätze deutlich erhöht und der Lehrerberuf attraktiv genug gemacht werden, damit die Hochschulabsolventen dann auch im Freistaat Sachsen bleiben und nicht in die westdeutschen Länder abwandern.

Die zu geringen Studentenzahlen im Lehramt hängen aber nicht nur mit dem demografischen Niedergang infolge von Abwanderung und Geburtenmangel zusammen. Sie sind auch eine Folge der schwachsinnigen Hochschulreform im Zuge des sogenannten Bologna-Prozesses. Auf Druck der Eurokraten haben sich deutsche Politiker der Gleichschaltung des europäischen Hochschulraumes verschrieben und damit auch die bewährten deutschen Studieninhalte und Studienabschlüsse nicht nur entwertet, sondern abgeschafft. 2006 wurde deswegen auch in Sachsen der Lehramtsstudiengang EU-konform reformiert. Doch inzwischen – Sie haben es bereits gehört – gibt es eine Reform der Reform. Ab dem Semester 2012/2013 sollen Sachsens zukünftige Lehrer nun doch wieder Staatsexamina ablegen. Die vermurkste Umstellung der Studienordnung auf Bachelor- und Masterstudiengänge hat nicht nur viele Studenten verunsichert, sondern sowohl die Studienplanung als auch den innerdeutschen Studienortwechsel massiv erschwert.

Das europäische Hochschuldiktat von Bologna sowie seine absehbare Negativauswirkung für Studierende hat die NPD in diesem Landtag immer wieder kritisiert, ist aber auf taube Ohren gestoßen. Aber was aus Brüssel kommt, meine Damen und Herren, wird von den regierenden Erfüllungspolitikern ja bekanntlich immer durchgewinkt, egal, ob es Lehramtsstudenten durch eine absurde Hochschulreform oder ob es den deutschen Steuerzahler und Sparer durch milliardenschwere Rettungspakete für südeuropäische Pleitestaaten betrifft.

Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang ist aber auch die unzureichende Studienlenkung. Sie verursacht personelle Überhänge im Gymnasialbereich und personelle Defizite im Grund- und Mittelschulbereich. Die haben die ABC-Schützen in Sachsen bereits bei ihrem Schulanfang zu spüren bekommen. Zwar gibt es – Herr Colditz hat es erwähnt – zu Beginn des neuen Schuljahres in Sachsen 632 neue Lehrer. Allerdings sind gleichzeitig –

das hat Herr Colditz nicht genannt – mehr als 1 500 Lehrer aus dem Schuldienst ausgeschieden. Wer ein bisschen Arithmetik beherrscht, weiß, dass damit die ausscheidenden Lehrkräfte nicht annähernd wieder ersetzt worden sind. So erfahren schon die frisch eingeschulten Kinder in Sachsen Lehrerververtretungen und Stundenausfälle, was nach NPD-Auffassung ein unhaltbarer Zustand ist.

Wenn die Sächsische Staatsregierung die objektiv hohe Bildungsqualität im Land erhalten will, muss sie schnell und konsequent gegen den Lehrermangel ankämpfen.

Präsident Dr. Matthias Röbner: Die Redezeit ist abgelaufen.

Jürgen Gansel, NPD: Ja. – Bis zum Jahr 2030 werden 70 % der bisherigen Lehrer aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Handeln Sie also, Herr Wöller, und das hoffentlich etwas gewissenhafter als bei der Anfertigung Ihrer Doktorarbeit!

(Beifall bei der NPD)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Für die NPD-Fraktion sprach der Abg. Gansel. Jetzt treten wir in eine neue Rederunde ein. Wir haben schon gehört, Frau Falken, Sie haben noch eine ganze Menge Stichwortzettel. Ich erteile Ihnen erneut das Wort. Für die Fraktion DIE LINKE spricht Frau Kollegin Falken.

Cornelia Falken, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich war vorhin in der ersten Runde bei der Verdichtung von Klassen. Ich kann Ihnen die Beispiele nicht ersparen, weil ich glaube, dass sie in diesem Hohen Haus mehr Wirkung als allgemeine Punkte und Plätze haben, denn auch im Gymnasium in Freiberg hat es eine Verdichtung von Klassen gegeben. In einer 10. Klasse wurden die Schüler aufgeteilt. Für manche Schüler bedeutet es das letzte Schuljahr und für mich ist das eine Abgangsklasse. Ich finde es unverantwortlich, dass man Schüler in einer möglichen Abgangsklasse einfach einmal im letzten Jahr aufteilt und damit natürlich nach Aussagen des Kultusministers eine optimale Entwicklung von Schülerinnen und Schülern bewirkt. Diese Klasse hat auch noch vor vier Jahren ein Kind gehabt, das zu Tode gekommen ist. Ich denke, dass das ein emotional sehr schwerwiegender Verlust für die Schülerinnen und Schüler gewesen ist. Die Aussage des Schulleiters: Das ist doch schon lange her!

Leistungskurse in der 12. Klasse werden aufgeteilt. Die Mutter eines Schülers aus einem Chemnitzer Gymnasium hat sich an mich gewandt und gebeten zu verhindern, dass in einer 12. Klasse ein Leistungskurs aufgeteilt wird.

(Zuruf von der CDU: Warum wurde er aufgeteilt?)

– Weil die Schülerzahl nicht mehr ausreicht. Das ist sehr günstig und vernünftig, das zu tun, anstatt zu sagen, in der 12. Klasse wollen wir Studienanfänger haben, die wirklich sehr gut vorbereitet sind. Das ist hier aus meiner Sicht nicht gegeben.

Wir haben die Fremdsprachenlotterie in Sachsen. Es hat sich ja auch durch die Presse weit herumgesprochen, dass Schüler Lose ziehen müssen, in welcher Fremdsprache sie in Sachsen unterrichtet werden dürfen oder nicht, obwohl wir Bewerber als Lehrer hatten, die eine Fremdsprachenausbildung haben, und nicht eingestellt worden sind. Das ist für mich nicht nachvollziehbar.

Ich werde hier auch die Praxis der Abordnungen, Versetzungen und Einstellungen ansprechen. Ich möchte das, was Herr Colditz gesagt hat, ausdrücklich unterstreichen. Wir brauchen hoch motivierte Lehrer. Wenn wir die nicht haben, ist es auch nicht möglich, die Schüler zu motivieren, damit sie gute Lernergebnisse bringen.

(Beifall bei den LINKEN)

Wir haben ein Schreiben von einer Lehrerin aus Chemnitz bekommen: „Lehrer werden wie Ware in Regalen von billigen Supermärkten herumgeschubst.“ Es liegt nicht nur allein am Lehrermangel, sondern auch an der Unfähigkeit der Regionalstellen, Abordnungen und Versetzungen vernünftig zu regeln. Bis zur Hälfte und darüber hinaus sind Lehrerinnen und Lehrer an Schulen abgeordnet. Das kann ich für viele Schulen in Leipzig auch bestätigen, nämlich, dass mehr als die Hälfte einer Lehrerschaft in andere Schulen abgeordnet ist. Das ist nicht zumutbar.

Ich habe in meinem Büro einen Lehrer aus einer Mittelschule in Leipzig gehabt, der jetzt drei Jahre im Schuldienst ist. Er hat zu mir gesagt: Frau Falken, wenn es Ihnen in der Politik in diesem Jahr nicht gelingt, etwas zu ändern, dann gehe ich in die alten Bundesländer. Ich bin in den drei Jahren in drei Schulen abgeordnet. Ich unterrichte an drei Schulen. Ich werde in keiner Schule heimisch. Mir geht es nicht ums Geld, aber ich möchte als Pädagoge arbeiten und nicht als Stundenhalter. Das ist mir in Sachsen nicht gegeben und deshalb werde ich mir ein anderes Bundesland aussuchen. – Das geht nicht. Das ist unmöglich.

Ich glaube, dort sind die Lehrer schon so weit, dass sie sagen, wir halten es nicht mehr aus, wir müssen hier jetzt etwas tun. Denn in Chemnitz fehlen nach meinem Kenntnisstand – es gibt noch kein statistisches Material, ich weiß gar nicht, Herr Colditz, wo Sie das herhaben, auch der Hauptpersonalrat hat noch nichts bekommen – an den Förderschulen zurzeit circa 100 Stellen, um den Grundbereich abzudecken. Da die Statistik ordentlich sein muss, die wir dann irgendwann im Oktober bekommen werden, passiert in Chemnitz Folgendes: Die Gymnasiallehrer – da gibt es noch ein paar zu viel, die eigentlich die Ganztagsangebote abdecken sollen – werden an die Förderschulen abgeordnet. Die Gymnasiallehrer in Chemnitz haben sich aber geweigert. Sie haben gesagt: Nein, das machen wir nicht, wir sind Gymnasiallehrer! Wir haben eine gute Ausbildung. Als Förderschullehrer brauche ich eine besondere Ausbildung, wenn ich das machen soll. Gut, die gehen also nicht, weil gegen den Willen der Kollegen nicht abgeordnet wird. Jedenfalls ist das die Maßgabe des Kultusministeriums.

Was machen wir? Wir machen Schneeballabordnungen. Wir schicken die Gymnasiallehrer an die Mittelschulen – also wir nicht, Entschuldigung, Sie –, die Mittelschullehrer an die Förderschulen und die Grundschulen. Das ist das Chaos, das zurzeit in Chemnitz existiert und das ist – bin ich der Auffassung – so nicht hinzunehmen.

(Beifall bei den LINKEN)

Wir als Landtagsabgeordnete bekommen dann eine bereinigte Statistik, in der wieder einmal prozentual das meiste stimmt, obwohl es überhaupt nicht stimmt.

Präsident Dr. Matthias Röbner: Die Redezeit ist abgelaufen.

Cornelia Falken, DIE LINKE: Ich werde im dritten Beitrag diesbezüglich etwas zu Leipzig sagen.

(Beifall bei den LINKEN)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Das war für die einbringende Fraktion DIE LINKE Frau Kollegin Falken. Als Nächstes spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Schreiber.

Patrick Schreiber, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Aktuelle Debatte soll in meinen Augen nicht nur dazu da sein, auf Missstände aufmerksam zu machen, immer an allem herumzumäkeln, herumzuschimpfen, sondern sie sollte vielleicht auch manchmal dazu da sein, hier eigene Lösungsvorschläge vorzutragen. Leider habe ich außer bei der Kollegin Giegengack relativ wenig davon gehört. Von Frau Falken habe ich in Richtung Lösungsvorschlag eigentlich nicht ein Wort gehört.

Es gibt ein Sprichwort, das heißt: „Tue Gutes und sprich darüber.“ Dass die Opposition natürlich die Dinge, die vielleicht auch gut laufen, hier nicht anbringt, ist selbstverständlich. Das ist eben so. Leider. Aber ich denke, jeder – und da sind wir uns parteiübergreifend einig – hat hier davon gesprochen, dass wir hoch motivierte Lehrer brauchen. Nun frage ich Sie alle einmal ganz deutlich: Wie will ich nur eine einzige Lehrkraft motivieren, die im Zweifel hier oben unter den Besuchern sitzt, wenn sie hier Horrorszenarien vorgespielt bekommt, wenn sie hier nur Dinge hört, bei denen man denken könnte, um Gottes willen, es ist ja nicht nur eine Geisterfahrt aus dem Kultusministerium,

(Zuruf von den LINKEN)

sondern es ist schon fast eine bewusste Selbstmordfahrt? Ich sage Ihnen ganz deutlich: Sie werden so nicht eine Lehrkraft motivieren, zurück in die Schule zu gehen und motiviert Unterricht zu halten, und Sie werden erst recht – ich weiß nicht, ob wir gerade eine Schülergruppe hier haben – keinen Abiturienten oder überhaupt Schülerinnen und Schüler dazu motivieren, in Sachsen ein Lehramtsstudium aufzunehmen.

(Zuruf des Abg. Horst Wehner, DIE LINKE)

Deshalb sollten wir an dieser Stelle logischer- und selbstverständlicherweise die Probleme benennen, die unwidersprochen da sind. Aber wir sollten im Zweifel vielleicht auch mit dem – wie heißt es so schön – Fahrzeug in der Garage bleiben oder die Dinge im Zaum halten.

Fakt ist eines und – wie gesagt – da sind wir uns relativ einig: Es gibt Probleme. Ich frage mich allerdings, warum wir, als wir in der letzten Schulausschusssitzung über das Thema Beginn des Schuljahres sprachen, nicht so konkret über die konkreten Beispiele, die vor allen Dingen Frau Falken genannt hat, im Ausschuss gesprochen haben. Ich weiß, Sie waren – glaube ich – in der letzten Sitzung nicht da, aber vielleicht sollten wir das in der nächsten Schulausschusssitzung etwas intensiver nachholen, anstatt hier solche populistischen Fensterreden zu halten.

Fakt ist eines: Es gibt für all die Dinge, die heute hier genannt worden sind, nicht nur eine Ursache. Aber es gibt eine Ursache, die in meinen Augen sehr entscheidend ist. Das erwähnen Sie in keinem Moment. Es gab vor einigen Jahren eine gemeinsame Abmachung zwischen der Staatsregierung und den Gewerkschaften. Das nannte sich damals Bezirkstarifvertrag. Es gab irgendwann einmal die Abmachung, dass eben nicht entsprechend den Schülerzahlen das Lehrpersonal abgebaut wird, sondern dass wir letzten Endes ungefähr 25 % mehr Lehrer im Schuldienst belassen haben, als es laut den damaligen Schülerzahlen notwendig gewesen wäre. Dann gehört es schon zur Ehrlichkeit dazu, dass Sie das hier auch benennen; denn das ist die Hauptursache für die Situation, die wir heute neben vielen anderen Dingen, die hier schon genannt wurden, haben. Das heißt eben, dass wir uns nicht wundern müssen, wenn wir letzten Endes die Lehrer – was in meinen Augen sozialpolitisch und gesellschaftspolitisch auch der richtige Weg gewesen ist –

(Dr. Eva-Maria Stange, SPD: Na eben! Ja eben!)

– Ja, Frau Dr. Stange, es ist trotzdem ein Fakt. Wenn Sie heute bemängeln, dass zu wenig junge Lehrer da sind, dass die älteren Lehrer logischerweise eher einmal krank werden oder länger krank sind, dann hat das alles eine Ursache, warum wir so viel älteres Lehrpersonal in unseren Schulen haben. Ich möchte auch einmal eine Lanze für die Älteren brechen. In meinen Augen kann es nicht der Weg sein, hier auf Dauer bzw. sozusagen darauf zu pochen, dass ältere Lehrkräfte bis zum letzten Stichtag X, bis zur Rente unterrichten. Wir alle wissen –

(Zuruf der Abg. Dr. Eva-Maria Stange, SPD)

– Sie müssen mich nicht immer kokomentieren, Frau Dr. Stange. Wir wissen alle, was es heißt, Lehrer zu sein, und das geht nicht erst in der Schule los, sondern wir wissen alle, was es heißt, Pädagoge zu sein, wenn wir in Kindertageseinrichtungen schauen.

Zu mir sind – Frau Falken – genauso Eltern und Lehrer gekommen. Es gibt Probleme. Ich nenne nur das Thema Russischzwang, ich nenne nur das Thema Klassenleiter in den ersten Klassen. Allerdings will ich an dieser Stelle die SBA zumindest ein Stück weit in Schutz nehmen. Sie

sagten, es geht um zahlreiche Schulen, in denen es in Dresden keine Klassenlehrer gab. Es ging genau um drei. In zwei Schulen hatte die SBA eine andere Planung. Dort sollte ein Klassenlehrer der 3. Klasse zunächst erst einmal die 1. Klasse als Klassenleiter übernehmen, damit genau dieser Übergang von der Kita in die Schule gelingen kann. Aus welchen Gründen auch immer – das ist die Auskunft der SBA – hat in zwei Fällen der Schulleiter anders gehandelt. Als die SBA das mitbekam, hat sie entsprechend das Gespräch zum Schulleiter gesucht.

Präsident Dr. Matthias Röbner: Die Redezeit ist abgelaufen.

Patrick Schreiber, CDU: Jawohl. – Letzter Satz. Wir haben Probleme in Sachsen und ich denke, auch der Kultusminister hat in den letzten Monaten sehr deutlich gemacht – nicht nur hier im Haus, sondern vor allen Dingen auch medial –, dass das Kultusministerium die Probleme sieht und dass wir gemeinsam – darum bitte ich hier an dieser Stelle noch einmal – daran gehen, die Probleme entsprechend zu lösen. Populistische Debatten helfen uns relativ wenig weiter.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP –
Dr. Dietmar Pellmann, DIE LINKE,
steht am Mikrofon.)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Für die CDU-Fraktion war das der Herr Kollege Schreiber. Ich sehe jetzt am Mikrofon 1 Herrn Kollegen Pellmann. Wollen Sie vom Instrument der Kurzintervention heute erstmalig Gebrauch machen?

Dr. Dietmar Pellmann, DIE LINKE: Einer – Herr Präsident – muss ja beginnen.

Präsident Dr. Matthias Röbner: Ja bitte.

Dr. Dietmar Pellmann, DIE LINKE: Herr Präsident! Herr Schreiber!

(Patrick Schreiber, CDU: Jawohl!)

Ich war jetzt wirklich sehr gespannt. Sie haben – ob zu Recht oder zu Unrecht – geklagt, dass die bisherigen Redner vornehmlich eine Situationsschilderung vorgenommen hätten. Sie versprochen regelrecht, dass Sie nun – im Unterschied zu den Rednern, die Sie kritisiert hatten – mit ganz konkreten Vorschlägen aufwarten würden. Sie haben das, was bis dahin gesagt wurde, vornehmlich als Polemik angesehen. Polemik kann hilfreich sein. Aber, Herr Schreiber, wenn von Polemik die Rede ist, dann haben Sie hier ein klassisches Beispiel dafür abgeliefert, nämlich lediglich auch nur eine Situationsbeschreibung vorgenommen, waren aber zumindest so kühn zu behaupten, Sie würden jetzt mit neuen Lösungsvarianten und Vorschlägen kommen.

Herr Schreiber, ich muss Ihnen sagen, Sie haben mich enttäuscht. Sie haben ein Versprechen abgegeben, das Sie leider nicht eingelöst haben.

(Beifall bei den LINKEN)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Das war die Kurzintervention von Herrn Kollegen Pellmann. Darauf reagiert jetzt Herr Kollege Schreiber.

Patrick Schreiber, CDU: Vielen Dank, Herr Präsident! Herr Pellmann, ich finde es schön, dass wir unser kleines Techtelmechtel, das wir sozusagen schon immer im Sozialausschuss miteinander pflegen, jetzt auch ins Plenum bringen.

(Zuruf des Abg.

Dr. Dietmar Pellmann, DIE LINKE)

Scheinbar haben Sie mir wiederum nicht richtig zugehört. Ich habe lediglich gesagt oder bemängelt, dass vonseiten der bisherigen Redner und damit insbesondere aus der Opposition, bis auf Frau Giegengack, relativ wenig konkrete Vorschläge oder Lösungsansätze vorgetragen worden sind. Ich habe aber – das können Sie vielleicht im Nachgang im Protokoll lesen – mit keiner Silbe gesagt, dass ich jetzt im Plenum Lösungsvorschläge unterbreite. Fakt ist eins – und das habe ich auch gesagt –: Dafür ist zuallererst der Schulausschuss zuständig, wo wir diese konkreten Probleme diskutieren und dann im Zweifel gemeinsam mit dem Kultus schauen, wie man diese konkreten Probleme entweder kurzfristig oder eben auch langfristig lösen kann.

Aber Fakt ist eines, wenn Sie es gern hören möchten: Wir haben in den letzten Monaten sehr viel über Schulpolitik diskutiert. Sie kennen das Elfpunkteprogramm, das wir als CDU-Fraktion auf unserer Klausurtagung verabschiedet haben. Darin stehen ganz konkrete Lösungsansätze. Wir sind momentan dabei – dazu lade ich Sie wiederum ein –, diese elf Punkte ganz konkret umzusetzen. Seien Sie versichert, dass wir als CDU-Fraktion da auch sehr hinterher sind.

Präsident Dr. Matthias Röbner: Ich sehe eine Wortmeldung zu einer Kurzintervention. Obwohl ich darauf hinweise, dass die SPD-Fraktion noch zwei Minuten Redezeit hat; bitte, Frau Kollegin Stange.

Dr. Eva-Maria Stange, SPD: Herr Präsident! Ich würde trotzdem von dem Instrument der Kurzintervention Gebrauch machen. – Herr Schreiber, ich möchte Sie nur bitten, zur Kenntnis zu nehmen, dass die SPD-Fraktion bereits im Monat April ein entsprechendes Programm zur Bewältigung der Lehrersituation vorgelegt hat, dem dann Ihr Elfpunkteprogramm gefolgt ist, welches ich auch gern einmal zur Kenntnis nehmen möchte.

Ich habe in meinem Redebeitrag ausdrücklich auf dieses Programm hingewiesen und sehe, dass es in einigen Punkten abgearbeitet wird, wenn ich zum Beispiel das Seiteneinsteigerprogramm sehe, an dem, wie ich aus dem Ministerium höre, gearbeitet wird. Ich hoffe, dass es bald

kommen wird. Ich habe gesehen, dass die Referendarstellen aufgestockt worden sind – bei Weitem aber nicht so weit, wie wir es schon einmal im Jahr 2008 hatten. Offenbar scheint es nicht ganz spurlos an Ihnen vorbeigegangen zu sein, dass die SPD-Fraktion konstruktive Vorschläge zur Bewältigung des Lehrkräftemangels in den kommenden Jahren auf den Tisch gelegt hat.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Die Reaktion auf diese Kurzintervention von Herrn Kollegen Schreiber.

Patrick Schreiber, CDU: Herr Präsident! Ich dachte vor einiger Zeit eigentlich, dass mir dieser Kommentar erspart bleibt. Liebe Frau Dr. Stange, Sie können sich vorstellen, dass das Papier mit den elf Punkten – nicht die zehn Punkte der SPD-Fraktion – in der CDU-Fraktion nicht erst im Juli entstanden ist, sondern dass die CDU-Fraktion explizit bereits seit Januar an einem Papier gearbeitet hat. Sehr interessant an dieser Geschichte ist, dass die SPD-Fraktion just mit einem Zehnpunkteprogramm, wie Sie es schon sagten – ich weiß aber nicht, ob es im April war, es hätte auch im Mai sein können –, in die Öffentlichkeit kommt. Wenn man den Entwurf des CDU-Papiers aus dem Monat März 2011 einmal neben Ihr Programm legt, dann kann man fast bei VroniPlag anrufen, um nachzufragen, ob das einmal auf Plagiate kontrolliert werden kann.

(Zuruf der Abg. Dr. Eva-Maria Stange, SPD)

Das Lustige und Entscheidende daran ist, Frau Dr. Stange, dass unser Programm vor Ihrem Programm auch zehn Punkte hatte.

(Dr. Eva-Maria Stange, SPD: Wo denn?)

– Hören Sie doch auf! Sie haben unser Elfpunkteprogramm doch schon zu 100 % gelesen,

(Zuruf von den GRÜNEN: Peinlich!)

weil es sogar als Pressemitteilung veröffentlicht worden ist. Also hören Sie doch auf, hier so zu tun, als würden Sie diese elf Punkte nicht kennen.

Fakt ist eines: Ich habe der SPD nie unterstellt, dass sie keine Vorschläge gebracht hat. Aber wir sollten aufhören, so zu tun, als würden wir uns im Wettstreit befinden, wer zuerst mit welchem Vorschlag gekommen ist.

(Dr. Eva-Maria Stange, SPD:
Das ist wirklich peinlich!)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Es geht weiter in unserer Rednerreihenfolge. Als Nächstes hätte die SPD-Fraktion das Wort, wenn es dort noch Redebedarf gäbe. Es sind noch zwei Minuten übrig. – Es gibt keinen Redebedarf bei der SPD-Fraktion. Ich frage die FDP-Fraktion. Auch hier gäbe es noch eine Minute. – Nein, kein Redebedarf. Die anderen Fraktionen haben ihre Redezeit verbraucht. Wir könnten jetzt – –

Ich sehe, dass Sie als einbringende Fraktion erneut in eine Rednerrunde eintreten wollen. Sie haben das Wort, Frau Kollegin Falken, und jede Menge Redezeit. Bitte.

Cornelia Falken, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nein, ich werde es Ihnen nicht ersparen, noch weitere Punkte darüber hören zu müssen, wie die aktuelle Situation an den Schulen aussieht. Ganz zu schweigen davon, Herr Schreiber: Es ist wirklich lächerlich, wer wie viele Punkte für welchen Plan hat. Viel sinnvoller wäre es, wenn wir uns fraktionsübergreifend zusammentun und die Punkte zusammentragen würden, die umsetzbar sind und die auch kurzfristig und langfristig lösbar sind. Denn sonst werden wir nie zu Stuhle kommen und nie eine Lösung haben.

(Beifall bei den LINKEN)

Ich wollte Ihnen noch praktische Probleme an Grundschulen und an Förderschulen in der Region Leipzig erläutern:

In der Region Leipzig werden die Gymnasiallehrer gleich an den Grundschulen eingestellt. Man ist in der Regionalstelle Leipzig sehr stolz darauf, dass nur Gymnasiallehrer an Grundschulen eingestellt worden sind, die eine Lehrberechtigung für ein Fach haben, das an der jeweiligen Grundschule auch unterrichtet wird. – Sie werden sich erinnern, dass ich Ihnen im vergangenen Jahr erläutert habe, dass Gymnasiallehrer an die Grundschule abgeordnet und versetzt werden, die nicht mal eine Lehrberechtigung für ein Fach haben, das dort unterrichtet wird. – Aber wie und was sie dann unterrichten, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Einstellungen werden komplett durchgeführt. Wir haben von der FDP vorhin gehört: 60 plus. – Ja, es werden, damit die Lücken einigermaßen gefüllt werden, zurzeit auch Lehrer eingestellt, die fast 60 Jahre alt sind und seit 15 oder 20 Jahren nicht mehr im Schuldienst gearbeitet haben. Diese Lehrer mit einer Gymnasialausbildung dann allerdings in ersten Klassen einzusetzen halte ich für äußerst bedenklich. Aber ich will das nicht weiter ausführen.

Leider ist Herr Unland jetzt nicht da. Es wäre sehr schön, dass er, falls er das Gesagte hört, gleich herbeieilen würde. Denn Sie werden es alle noch wissen: Wir haben während der Haushaltsdebatte vehement dafür gestritten, dass der Personalabbau im Grundschulbereich aus dem aktuellen Haushalt herausgenommen wird. In dem aktuellen Haushalt steht ein Personalabbau von 581 Stellen im Grundschulbereich. Entweder ist dieser Haushalt nur Makulatur und wir schreiben mal irgendetwas hin, damit irgendwann irgendwelche Zahlen stimmen, was in dieser Regierung offensichtlich meist der Fall ist, oder wir haben einen Haushalt, mit dem man wirklich arbeiten kann, und das ist aus unserer Sicht überhaupt nicht gegeben.

Ich möchte noch zwei aktuelle Beispiele aus den Schulen zur Motivation von Lehrerinnen und Lehrern benennen. Ich hatte vor einer Woche ein Gespräch mit einem Mittelschullehrer, der Fachberater geworden ist. Nun kann man zu Fachberatern stehen, wie man will, die Bewertung lasse ich jetzt weg. Über die Personalräte ist es gelungen, die Fachberater von der Entgeltgruppe 11 in die Entgeltgruppe 13 zu bekommen. Er war sehr stolz und sehr

glücklich, dass er endlich eine Anerkennung seiner Leistungen als Fachberater erhält.

Was passiert aber? – Im Monat August hat er seinen Lohnzettel bekommen. Darauf steht: Entgeltgruppe 13, Stufe 3. – Er hatte vorher die Entgeltgruppe 11, Stufe 5. Das heißt, er hat jetzt eigentlich weniger als vorher, wenn man sich einmal die Tabellen anschaut. Das darf nach dem Tarifvertrag nicht sein, also bekommt er 50 Euro mehr als vorher. Aufgrund der Stufenregelung wird er jetzt einige Jahre brauchen, um einigermaßen in die Größenordnung zu kommen, die er sich vorgestellt hat. Das ist sicherlich rechtlich alles korrekt, aber es ist keine Motivation für Lehrerinnen und Lehrer, die in diesem Freistaat eine besondere Leistung erbringen.

Welche Forderungen haben wir? – Herr Schreiber, Sie haben es angetippt: Vorschläge. Ich sage Ihnen ganz klar – ich bin seit 2004 in diesem Landtag und ich weiß, dass meine Fraktion auch davor vehement immer wieder auf ein Personalkonzept hingearbeitet hat –: Wenn es Bewerbungen von Sprachlehrern gibt, dann müssen wir die Sprachlehrer auch einstellen. Den Einstellungskorridor im BTV, den Sie gerade genannt haben, hat das Kultusministerium in fast keinem Jahr ausgeschöpft. Die Bewerber waren da, sie sind nicht eingestellt worden. Das waren die letzten fünf Jahre. Wir hätten sie im Rahmen dieses Korridors immer einstellen können. Der BTV war schon sehr großzügig geschnitten.

Aber den gravierenden Fehler hat diese Staatsregierung – das ist nun einmal die CDU, egal, mit wem sie wann regiert hat – mit der Teilzeitvereinbarung gemacht. Nicht damit, dass sie beschlossen worden ist. Ich will gar nicht bestreiten, dass das mit dem Gewerkschaften gemacht worden ist. Aber mit dem Signal, das damit gesetzt wurde: „Wir brauchen keine Grundschullehrer“. Diese Teilzeitvereinbarung lief über 13 Jahre. Sie wäre jetzt, wo wir die Probleme haben, gerade ausgelaufen. Das heißt, das Signal „Wir brauchen die Grundschullehrer ganz dringend“ zum richtigen Zeitpunkt zu setzen hat die CDU eindeutig verpasst. Also klare Signale setzen.

Präsident Dr. Matthias Röbner: Ihre Redezeit ist abgelaufen, Frau Kollegin.

Cornelia Falken, DIE LINKE: Dann muss ich noch einmal kommen.

Präsident Dr. Matthias Röbner: Dann müssen Sie wahrscheinlich noch einmal kommen.

Cornelia Falken, DIE LINKE: Soll ich gleich dableiben?

Präsident Dr. Matthias Röbner: Nein. – Für die einbringende Fraktion DIE LINKE sprach Frau Kollegin Falken. Als Nächstes hätte die CDU-Fraktion das Wort. Ist dort noch Redebedarf vorhanden? – Das ist nicht der Fall. Bei den anderen Fraktionen? – Ebenfalls nicht.

Dann eröffnen wir erneut eine Rednerrunde. Frau Kollegin, ich erteile Ihnen wiederum das Wort. Für die einbrin-

gende Fraktion DIE LINKE spricht erneut Frau Kollegin Falken.

Cornelia Falken, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich müsste ich jetzt Herrn Unland herbeirufen lassen, weil: Ich weiß gar nicht, ob Herr Wöller schon weiß, was ich jetzt sagen werde.

Ich habe Kenntnis davon, dass Herr Unland den Referendaren und Lehramtsanwärtern in diesem Jahr 2011, im November, die Sonderzahlung streichen wird. Ich halte es für äußerst bedenklich, ein derartiges Signal gegenüber dem Lehrerpotenzial zu setzen, das wir im nächsten Jahr einstellen wollen und müssen, ihnen also jetzt zu erklären, dass es keine Sonderzahlungen gibt. Formal – das will ich auch sagen – geht das vielleicht sogar, weil: Lehramtsanwärter und Referendare werden wie Beamte behandelt – Sie werden sich an die Diskussion erinnern, die wir im letzten Jahr hier im Hohen Hause darüber hatten, dass die Sonderzahlung für die Beamten gestrichen wird –, und weil sie genauso behandelt werden, wird die Sonderzahlung durch die Staatsregierung einfach mal gestrichen.

Wir wissen jedoch alle, dass die Referendare, die das jetzt betrifft, in diesem und im nächsten Jahr überhaupt nicht verbeamtet werden, wenn sie in Sachsen eingestellt werden. Ein Referendar erhält nach fünf Jahren Studium circa 50 % des Gehalts eines Lehrers, und das ist schon sehr wenig. Jetzt streichen Sie diesen Kolleginnen und Kollegen auch noch die Sonderzahlungen. Wenn ich Referendar wäre, würden mir Worte gar nichts bringen, sondern nur Taten, und das ist eine Tat, die nach meiner Auffassung überhaupt nicht geht, und meine Fraktion steht da genau hinter mir.

Ich fordere Sie, Herr Staatsminister für Kultus und Herr Staatsminister der Finanzen sowie die regierenden Fraktionen, auf, dass das nicht passiert, dass Sie das sofort zurücknehmen und den jungen Leuten ihre Sonderzahlungen geben. – Danke.

(Beifall bei den LINKEN)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Das war für die einbringende Fraktion DIE LINKE Frau Kollegin Falken. Sie hat ihre Redezeit nicht ausgeschöpft. Ich vermute, das war das letzte Mal? – Es ist kein weiterer Redebedarf aus den Fraktionen angezeigt. Damit hat die Staatsregierung das Wort. Ich bitte Herrn Staatsminister Prof. Wöller ans Rednerpult.

Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister für Kultus und Sport: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Schuljahr hat begonnen und ist auch dieses Jahr wieder eine organisatorische Herausforderung. Es geht um 380 000 Schüler in 19 000 Klassen an 1 380 Schulen, und es geht darum, die etwa 33 000 Lehrerinnen und Lehrer den Schulen so zuzuordnen, dass der Unterricht abgesichert werden kann.

Dazu waren in diesem Schuljahr 17 000 Personalvorgänge notwendig, und zwar in allen Schularten. Es

bedurfte Gesprächen zwischen den Lehrkräften, mit den Schulleitungen, mit den Schulreferenten unter Einbeziehung der Personal- und Schwerbehindertenvertretungen. Die Aufgabe ist klar: Die Personalmaßnahmen sind vor Schuljahresbeginn abzuschließen, also alle Abordnungen, alle Teilabordnungen, alle Versetzungen, alle Änderungen des Beschäftigungsumfangs. Dies ist der Anspruch, und diesem Anspruch müssen wir gerecht werden; deswegen will ich ihn auch gar nicht relativieren.

In den Planungen haben wir insbesondere bei den Grundschulen für eine Grundbereichsabsicherung von 100 % gesorgt. Aber – auch das ist in der Diskussion deutlich geworden – es ist in wenigen Einzelfällen im Grundschulbereich zu Engpässen gekommen. Das sind unvorhersehbare Ausfälle, wie es sie auch in den vorangegangenen Schuljahren gegeben hat. Das ist bedauerlich, aber es geht um Menschen. Dies sind Einzelfälle, die zu Ausfällen führen, und diese Ausfälle haben natürlich Gründe. Diese Gründe können vielfältiger Art sein. Einige haben ihren Dienst nicht angetreten, weil sie Alternativeangebote hatten. Es kam zu Kündigungen und Auflösungsverträgen. Es gab Risikoschwangerschaften, und Sie haben sicherlich dafür Verständnis, dass die Gesundheit von Mutter und Kind Vorrang vor dem Einsatz im Schuldienst hat. Und: Es kam zu plötzlichen Erkrankungen.

Sofortige Ersatz Einstellungen sind nicht immer möglich, gerade im Grundschul- und Förderschulbereich, weil wir jedem geeigneten Bewerber ein Einstellungsangebot unterbreitet hatten. Deswegen ist die jetzige Situation in der Schulvorbereitung auch ein Spiegelbild des Paradigmenwechsels, ein Paradigmenwechsel, der schon beschrieben wurde, den wir schon an anderer Stelle in diesem Hohen Haus diskutiert haben. Und wir sind mittendrin in diesem Paradigmenwechsel:

Während wir vor 20 Jahren aufgrund des dramatischen Schülerrückgangs – das war nahezu eine Halbierung – im Fokus hatten, die Beschäftigung der Lehrerinnen und Lehrer zu sichern – was auch gelungen ist –, müssen wir jetzt und in Zukunft den Lehrerberuf langfristig sichern. Dass beides vor allem nicht zeitgleich optimal zu lösen ist, ist auch klar; dies geht nur auf einer Zeitschiene. Deswegen ist der Grundschulbereich derjenige Bereich, um den es jetzt und in Zukunft in besonderem Maße geht.

Es ist richtig: Wir müssen Antworten finden, und wir müssen reagieren. Und wir haben reagiert, nicht erst jetzt, sondern schon vor zwei Jahren, indem wir diesen Prozess beschrieben haben, indem wir Einstellungszusagen gegeben, indem wir auch die Frage der Lehrerbildung gesichert haben.

Ich will nur darauf hinweisen, dass es auch ein klares Signal ist, wenn wir, wie beispielsweise Ende vergangenen Jahres, deutlich gemacht haben, dass jetzt die grundlegende Lehrerbildung im Bereich der Grundschule, im Bereich der Mittelschule und im Bereich des Gymnasiums an mindestens zwei Standorten, nämlich in Leipzig und Dresden, erfolgen wird, gemeinsam mit der Kapazitätsplanung. Für die Hochschulen ist das ein klares Signal,

dass wir einen Lehrerberuf haben und ihn auch in Zukunft sichern wollen.

Was das konkrete Schuljahr anbelangt, haben wir drei Maßnahmen eingeleitet, nämlich erstens bezüglich der noch vorhandenen Teilzeitbeschäftigten im Grundschulbereich. Wir haben allen Beschäftigten im Grundschulbereich Angebote unterbreitet, ihre Wunschbeschäftigung zu ändern und damit mit dem Schuljahr 2011/2012, also ein Jahr früher, wieder in Vollzeit zu kommen.

Wir haben – zweitens – bereits mit dem jetzigen Haushalt die Zahl der Referendare deutlich erhöht, aber im laufenden Haushalt noch einen draufgelegt, nämlich in diesem Jahr 250 zusätzliche Referendare, und werden nächstes Jahr noch zusätzlich 573, darunter 193 Grundschulreferendare, einstellen.

Drittens: Wir haben in diesem Schuljahr so viele Einstellungen vorgenommen wie all die Jahre zuvor nicht, nämlich – auch diese Zahl ist genannt worden – 632, davon im Grundschulbereich 238. Das ist, meine Damen und Herren, ein klares Signal. Das ist vor allem auch ein Signal an diejenigen, die von außen kommen. Wir haben 100 Lehrkräfte, die ihren Wohnsitz außerhalb Sachsens hatten, bzw. 58, die ihren Vorbereitungsdienst außerhalb Sachsens geleistet haben, also ein deutliches Signal. Das ist auch ein Rückgewinn, wenn es Rückkehrer darunter gibt – wenn auch nicht gleich immer zu identifizieren –, und das freut mich besonders.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombos: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Minister?

Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister für Kultur und Sport: Bitte schön.

Dr. Eva-Maria Stange, SPD: Sehr geehrter Herr Minister, könnten Sie dem Landtag vielleicht noch mitteilen, wie viele Lehrer aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind? Denn die reinen Zahlen der Einstellungen sagen nichts darüber aus, wie stark sich das tatsächliche Arbeitsvolumen verändert hat, und das war ja der Paradigmenwechsel, von dem Sie gesprochen haben.

Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister für Kultur und Sport: Es sind etwa 1 500, wobei diese Zahl auch nichts darüber aussagt, wie viele Lehrerinnen und Lehrer tatsächlich aus dem Schuldienst ausgeschieden sind, weil sie ihr Beschäftigungsverhältnis beendet haben. Denn nicht jeder, der ein Beschäftigungsverhältnis beendet hat, stand vorher auch im Klassenzimmer, sondern in der genannten Zahl sind Beschäftigte in der Ruhephase der Altersteilzeit impliziert. Die Zahl allein sagt also nichts darüber aus, welches Arbeitsvermögen wir verloren haben.

Ich fasse zusammen, meine Damen und Herren: Die Aufgabe war und ist klar. Wir haben 19 000 Klassen an 1 380 Schulen passgenau mit Lehrerinnen und Lehrern zu versorgen. Es kam zu wenigen Fällen, in denen es Anlaufschwierigkeiten gab. Dem haben wir abgeholfen bzw. sind dabei. Das ist keine Begründung dafür, hier jetzt von